

Leipzig, den 24. Mai 2022

Eskalation zum Weltkrieg stoppen! (Diskussionspapier)

Drei Monate nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine ist die Weltlage eine andere geworden.¹ Unübersehbar ist deren Dramatik, gefährlich deren Potential hin zu einem auch nuklear geführten Weltkrieg, beunruhigend die Ungewissheit, ob und wie diese Entwicklung noch gestoppt werden kann. Das Leid auf beiden Seiten ist groß. Die Sorgen der Bevölkerung über die weitere Eskalation des Krieges bestimmen unser politisches Denken.

Das Nachdenken kritischer Wissenschaftler, Politiker, Künstler und Intellektueller über den Krieg hat inzwischen seinen Niederschlag in beachtenswerten Veröffentlichungen gefunden, die allesamt eine tiefe politische Beunruhigung signalisieren.² Dieser Krieg habe die „Schleusen des Bellizismus geöffnet“ (Wolfgang Fritz Haug, S. 5). Er sei gekennzeichnet durch „kriegstreiberische Rhetorik“ (Jürgen Habermas). Mit einer „Politik der Demütigung und Androhung einer Vernichtung“ treibe der Westen den Konflikt auf die Spitze“, ohne „dass die ukrainische Armee eine Chance auf einen „Endsieg“ hätte.“ (Heinz Niemann, S. 6 f.). Der Krieg sei eine globale Bedrohung geworden. Er stelle eine Zäsur, eine nunmehr unübersehbare Zeitenwende in den internationalen Beziehungen dar: von einer Politik der Kooperation und Suche nach Interessenausgleich hin zu einer Politik, die auf Hochrüstung, Eskalation und einen „Siegfrieden des ‚Westens‘“ (Georg Fülberth) setzt.

Gegen diesen Kollisionskurs erhob am 19. Mai die politisch einflussreiche New York Times offen Widerspruch. Ob USA-Präsident Joe Biden diesen Kurs ändert, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. Wehe uns, wenn nicht.

Erstens: Die Folgen des Ukrainekrieges sind deutlicher geworden. Seinem Charakter nach ist er heute vor allem ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland.

Der Ukrainekrieg hat sich in drei Monaten zu einem Krieg entwickelt, an dem direkt und indirekt die beiden stärksten Atommächte der Welt beteiligt sind. Er ist ein Krieg geworden, in dem die Ukraine stellvertretend für die USA und die NATO und unter deren Kontrolle politisch und militärisch handelt. Er bleibt gleichwohl ein Angriffskrieg Russlands. Der Ukrainekrieg verschärft die Sicherheitsprobleme Russlands und der Welt bis hin zur Gefahr eines Dritten Weltkrieges.

Spätestens mit dem NATO-Spitzentreffen in Ramstein am 25. April wurden die USA kriegführende Partei im Stellvertreterkrieg mit Russland, bis zum letzten Ukrainer. Alle 30 NATO-Staaten und die Ukraine selbst sind auf diesen Kurs verpflichtet worden:

- Die Sanktionspolitik der USA und der NATO gegen Russland soll bis zu einem vollständigen Erdöl- und Erdgasembargo ausgeweitet werden. Die Sanktionen destabilisieren auf neue Weise die Weltwirtschaft.

¹ Unsere erste Stellungnahme zum Ukrainekrieg „Gleiche Sicherheit für alle statt Hochrüstung und NATO-Stärkung“. Sie ist unter anderem auf der Website des Liebknecht-Kreises Sachsen zu finden.

² So Klaus von Dohnany, Ich habe vor dem Krieg gewarnt, INFO-Sperber vom 26. 4. 22; Jürgen Habermas, Krieg und Empörung, Süddeutsche Zeitung vom 5. 5. 2022; Wolfgang Fritz Haug, Das Blut der anderen, Editorial, Argument 338/2022; Oskar Lafontaine, Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg, Weltwoche, Nr. 17/22; Heinz Niemann, Von einem homo sapiens, Manskript, geschrieben Mitte März bis 20. April; Norman Paech, Ohne Durchsetzungsmacht, junge Welt vom 13. Mai 2022; Peter Wahl, der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe, Beilage Marxistische Blätter 3_2022.

- Auch die ukrainische Regierung will nun Russland militärisch besiegen. Einen Verhandlungsfrieden lehnt sie mittlerweile ab.
- Die Ukraine wird mit immer „schwereren Waffen“ ausgestattet, unter anderen mit Panzern und Panzerhaubitzen. Gefordert werden die Lieferung von Kampfflugzeugen und die Einrichtung von Flugverbotszonen.
- Auch im völkerrechtlichen Sinne wurden die USA und weitere NATO-Staaten zu Kriegsparteien: Die CIA versorgte die Ukraine mit Informationen, die „Moskwa“ im Schwarzen Meer zu versenken und Generale und hohe Offiziere der russischen Armee zu töten. Die Bundesrepublik Deutschland hat damit begonnen, ukrainische Soldaten an den von ihr gelieferten Panzerhaubitzen 2000 auszubilden.

Zweitens: Weder zeitlich noch hinsichtlich des Inhalts eines Friedensvertrages ist ein Kriegsende absehbar. Es droht ein lange andauernder Abnutzungskrieg.

Bestätigt hat sich unsere Einschätzung von Anfang März, dass der Krieg genau das Gegenteil von dem bewirkt, was im Interesse Russlands und der Linken liegt.

Die globale Kriegsgefahr ist weiter gewachsen. Das politisch-moralische Ansehen Russlands ist in weiten Teilen der Welt gesunken. Die Invasion Russlands in die Ukraine liefert die Begründung für Hochrüstung, Profite und Aktienkurse des militärisch-industriellen Komplexes steigen. Die militärische Präsenz der NATO an der Ostflanke Russlands wurde verstärkt. Die Missachtung der russischen Sicherheitsinteressen wird zur direkten militärischen Bedrohung Russlands.

Ein Friedensschluss ist in weite Ferne gerückt. Von der NATO ermuntert und mit immer mehr Waffen versorgt, wähnt sich die ukrainische Führung auf dem Weg zum Sieg und lehnt einen Kompromissfrieden ab. Real ist das nicht, aber hochgefährlich, weil so Völkermord samt Weltkriegsgefahr immer bedrohlicher werden.

Russland sitzt derweil wie einst die Sowjetunion in Afghanistan in einer Falle begrenzter politischer Möglichkeitsfelder. Schon jetzt hat Russland die Fähigkeit zur jederzeitigen Beendigung des Krieges verloren. Indem die USA und die NATO-Staaten all ihre Reserven mobilisieren, um in Russland „einen Wechsel der herrschenden Oligarchie hin zu pro-westlichen und willigen Leuten wie Nawalny und Chodorkowski zu erreichen“ (Heinz Niemann, S. 7), bringen sie dieses Land durchaus in Bedrängnis.

Drittens: Das Völkerrecht erweist sich im Ukrainekrieg bisher als „machtlos“. Es gibt dennoch „eine Orientierung ...heraus aus dem Weg in den Untergang.“ (Norman Paech)

Als „Resultat einer längeren Eskalationsspirale“ (Peter Wahl) nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus ist das Völkerrecht mit seiner Kriegsächtung, dem Gewaltverbot und dem Prinzip der friedlichen Streitbeilegung brüchig und eben machtlos geworden. USA und NATO haben Kriege gegen den Irak, Syrien, in Libyen und in Afghanistan geführt. 1999 haben sie den ersten Krieg in Europa nach 1945 gegen Jugoslawien vom Zaun gebrochen. Systematisch haben sie die NATO in Richtung der russischen Westgrenze, ausgeweitet. Die Ukraine hat die Volksrepubliken Donezk und Lugansk militärisch attackiert. Und Donald Trump kündigte 2018 und 2019 das Wiener Streitbeilegungsabkommen und den INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme.

Mit dem Ukraine-Krieg hat die Russische Föderation nun auch ihrerseits gegen das Völkerrecht den Krieg wieder zum Mittel der Politik gemacht. Moderate Formen der

außenpolitischen Interessenabstimmung, wie sie sich seit den siebziger Jahren entwickelten, haben entschieden an Bedeutung verloren. An die Stelle wirtschaftlicher, politischer und kultureller Kooperation der Staaten treten Sanktionen, Diffamierungen und Konfrontation.

Ausgehend von der Vorgeschichte des Ukrainekrieges argumentieren unsere Kritiker:

- Es handle sich um einen Bürgerkrieg, der schon 2014 begonnen habe, bzw. im einen „Verteidigungskrieg“ gegen die Einkreisung Russlands durch die NATO.
- Aus der Geschichte ergebe sich das Recht Russlands auf Selbstverteidigung.
- Der Krieg sei „alternativlos“ und „friedenssichernd“.
- Das Völkerrecht sei seit Jahrzehnten sowieso tot.

Einige einstige Vertreter der Position, der Frieden sei höchstes Gut linker Politik, meinen nun, sich mit „Putins Krieg“ solidarisieren zu müssen.

Wir sehen keinen Grund, die Beweggründe der Russischen Föderation für den Ukrainekrieg mit fragwürdigen juristischen und historischen Auslegungen zu rechtfertigen. Russland ist ein kapitalistisches Land und Wladimir Putin ist dessen Repräsentant. Er ist kein linker Politiker. Die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder erstarkende Massenbewegung für eine politische und völkerrechtliche Kriegsächtung muss auch weiterhin Grundlage für die Gegenwehr gegen Krieg und Kriegsvorbereitung sein. Nicht die Abkehr von der völkerrechtlichen Kriegsächtung, sondern deren Bekräftigung sollte heute Anliegen aller Linken und Friedensfreunde sein.

Viertens: Der Ukrainekrieg ist zu einem wichtigen Unternehmen in der neuen Systemauseinandersetzung zwischen den USA und der Volksrepublik China geworden.

China wird voraussichtlich 2028/2029 die USA hinsichtlich seines Anteils am Welt-BIP überholen und dann im folgenden Jahrzehnt hinter sich lassen. Der Kampf um die Weltherrschaft zwischen dem führenden Land des Kapitalismus und China, das bis 2049 einen „Sozialismus chinesischer Prägung“ gestalten will, ist bereits ins Zentrum der Weltpolitik getreten. Dabei ist China wirtschaftspolitisch auf der Überholspur und die USA sind die militärische Weltmacht Nr. 1.

Russland ist mit China in einer „strategischen Partnerschaft“ eng verbunden. Die Russische Föderation verfügt in diesem Bündnis über ein nukleares Schutzschild für beide Länder. Es bewahrt China davor, sich wie einst die Sowjetunion „tot zu rüsten“. Die Vernichtung Russlands als Weltmacht und möglichst auch als Nuklearmacht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ist ein zentraler Aspekt der gegenwärtigen US-amerikanischen Politik gegen „den Feind China“ geworden. Sollte diese Politik Bestand haben, werden die USA alles tun, um diesen Krieg in gang zu halten. Wie der Eingang erwähnte Artikel in der New York Times signalisiert, werden das die nächsten Monate zeigen.

Fünftens: Die sich neu formierende Friedensbewegung, steht vor der Aufgabe, den drohenden Weltkrieg abzuwenden und für eine neue Friedensordnung zu kämpfen.

Aus ihren Reihen werden Forderungen erhoben, denen wir zustimmen:

- Die Waffen nieder. Kampf gegen alle Kriegstreiber. Einsatz aller diplomatischen Mittel für ein Ende des Krieges.
- Verhinderung der Ausweitung des Krieges zum Dritten Weltkrieg.
- Gegen einen Siegfrieden, für einen Kompromissfrieden.

- Für eine neue Sicherheitsstruktur in Europa nach dem Krieg, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt und zu Formen der moderaten Interessenabstimmung und der vielfältigen Kooperation in den internationalen Beziehungen zurückkehrt.

In der Bevölkerung gibt es hinsichtlich des Ukrainekrieges eine bislang zunehmende politische Polarisierung: zwischen Bellizisten und Befürwortern eines schnellen Kriegsschlusses, zwischen militanten Verfechtern der Hochrüstung und scharfen Kritikern des Kriegspaketes von 100 Milliarden Euro. Die Grünen, besonders entschieden auf Kriegskurs, sind bei Wahlen und Wahlumfragen im Aufwind. Auf Demonstrationen und Kranzniederlegungen zum 1. und 8. Mai sowie mit der Petition „Die Waffen nieder“ von Alice Schwarzer und Martin Walser meldete sich aber auch die Friedensbewegung zurück. Vom 29. April bis heute haben etwa 300.000 Menschen die Petition unterschrieben.

Gebot der Stunde ist heute ein Aufbruch aller Friedenswilligen gegen den drohenden Weltkrieg und gegen die Abkehr von den Prinzipien und Strukturen der friedlichen Streitbeilegung in den internationalen Beziehungen, ein enger Schulterschluss aller wirklich Linken mit der sich entwickelnden Friedensbewegung. Die Eskalation des Ukrainekrieges hin zu einem Weltkrieg muss gestoppt werden.

Klaus Blessing (Zeuthen), Volker Külow, Ekkehard Lieberam und Roland Wötzel (Leipzig)